

„Firewall einer freien Gesellschaft“: Wie fördert und bewahrt man künftig hochwertigen Journalismus?

geschrieben von Theo Körner | 26. Februar 2018

Demokratie braucht qualifizierten Journalismus: Darin sind sich alle Autoren des Bandes „Medien und Journalismus 2030 – Perspektiven für NRW“ einig, und suchen nach Wegen, ihn zukunftssicher zu machen.



Die Medienlandschaft erlebt nun mal, das ist wahrlich keine neue Nachricht, umwälzende Veränderungen. Folgende Kennzahlen dazu: Die Gesamtauflage der Zeitungen in Deutschland hat sich von 2002 bis 2016 um rund ein Drittel reduziert, die Anzahl der Radiosender von 297 auf 415 erhöht und in jeder Minute werden auf YouTube mehr als 400 Stunden Videomaterial hochgeladen.

Soziale Medien sind bisher kein Ersatz

Journalisten, Medienexperten, Verleger und führende Kräfte aus Verlagshäusern betrachten ihn diesem rund 160 Seiten starken Band die aktuellen Gegebenheiten und beschreiben die Herausforderungen, die es in den nächsten Jahren zu bewältigen gilt. Dabei stellt Christian DuMont Schütte beispielsweise heraus, dass die sozialen Medien eine (große) Hoffnung nicht erfüllt haben: Einen professionellen Journalismus haben sie nicht ersetzt. Dabei, das unterstreicht, Klaus Schrotthofer, von 2004 bis 2007 Chefredakteur der Westfälischen Rundschau

und heute Geschäftsführer der Mediengruppe „Neue Westfälische“, brauche man guten Journalismus, sei er doch die „Firewall einer freien Gesellschaft“.

In seiner Analyse beschreibt Schrotthofer, dass allerdings Verlagshäuser immer weiter Stellen abbauen und zentralisieren. Um Kosten zu sparen, schlägt er einen alternativen Weg vor: Verlage sollten regional und projektbezogen mehr kooperieren dürfen. Dazu sollten dann auch per Reform des Kartellrechts die Wege geebnet werden. Kritisch merkt Schrotthofer überdies an, dass sich die Tarifbindung von Verlagen „zusehends zum Wettbewerbsnachteil“ entwickle und somit auch die Attraktivität der Medienbranche als Arbeitgeberin insgesamt leide.

Allenthalben der leidige Kostendruck

Kostendruck herrscht aber, wenn auch nicht so eklatant wie bei den Zeitungen, auch im Rundfunk, wobei hier sowohl der private wie auch der öffentlich-rechtliche gemeint ist. WDR-Intendant Tom Buhrow beschreibt die angespannte Lage im eigenen Haus, spricht von 500 Stellen, die man habe streichen müssen, um einem finanziellen Offenbarungseid zuvorzukommen. Perspektivisch betrachtet sieht Buhrow durchaus eine Reihe von Problemen. Die finanzielle Sicherheit für den Sender ist dabei eine ganz entscheidende Frage. Der Intendant überlegt darüber hinaus auch, worin denn dauerhaft die Sender phoenix und tagesschau 24 unterscheidbar sein wollen und welches Publikum eigentlich den Sender One einschalten soll. Insgesamt sieht Buhrow die öffentlich-rechtlichen Sender gut aufgestellt, das attestiert Sascha Fobbe auch dem lokalen Privatfunk in NRW. Um aber dauerhaft wetterfest zu sein, brauche das gesamte System mehr Flexibilität, von denen die einzelnen Sender profitieren sollen.

Zwischen Stiftungen und Crowdfunding

Da an allen Ecken und Enden Geld fehlt, schlagen mehrere

Verfasser ganz unterschiedliche Finanzmodelle vor, um Qualitätsjournalismus zu retten oder auch zu ermöglichen. Stiftungen könnten eine solche Lösung sein, Crowdfunding und gemeinnützige Vereine. Doch jeden einzelnen Vorschlag unterziehen Verfasser einer differenzierten Betrachtung. Wer steckt beispielsweise hinter einer bestimmten Stiftung, lautet eine kritische Rückfrage.

Zu Crowdfunding gibt es bereits konkrete Beispiele, aber der Autor und Journalist René Schneider gibt zu bedenken, dass eine solche Schwarmfinanzierung sich nicht für eine dauerhafte, sondern eher für eine projektbezogene Berichterstattung eigne. Die von Klaus Schrotthofer genannten Kooperationen sind zwar auch für die Kölner Kulturredakteurin Anne Burgmer eine große Chance, was sich nach ihren Worten an der Zusammenarbeit von NDR, WDR und Süddeutsche Zeitung zeigt und hier wieder exemplarisch an den „Panama Papers“. Doch nach Burgmers Ansicht mangelt es an Transparenz, sodass man nicht genau wisse, wie viel Geld nun von welchem Medienhaus stamme.

Wenn der „Prosument“ die Szene betritt

Besonderer Anstrengungen aller Beteiligten bedarf es, die journalistische Ausbildung zu bewerkstelligen und Nachwuchs zu gewinnen. Eine weitere wichtige Aufgabe besteht nach Ansicht mehrerer Autoren darin, dass sowohl Print wie auch Rundfunk die Digitalisierung meistern. Im Internet habe man es inzwischen mit Prosumenten zu tun, also einer Mischung aus Produzent und Konsument, denn der User greife durch eigene Beiträge aktiv in den Journalismus ein, sei aber auch weiterhin Nutzer der Angebote.

Um lokale Informationen zu erhalten, heißt es in dem Band, würden noch immer im großen Umfang die Seiten der Tageszeitungen angeklickt. Blogs hätten noch längst nicht diesen Stellenwert bekommen. Mit der Stiftung „Vor Ort NRW“ der Landesanstalt für Medien sei eine Plattform geschaffen worden, die vor allem das lokale Angebot stärken wolle, heben

die Medienfachjournalistin Ulrike Kaiser, zugleich Sprecherin der Initiative „Qualität im Journalismus“, und Simone Jost-Westendorf, Geschäftsführerin der Stiftung, hervor.

Das gesamte Bemühen um professionellen und qualitativ hochwertigen Journalismus sollte aber damit korrespondieren, dass vor allem Jugendliche, aber nicht nur sie, in Medienkompetenz geschult werden, fordern die Medienpolitiker Marc Jan Eumann und Alexander Vogt. Denn schließlich kann man, wie in dem Band dargestellt, in NRW auch einen Sender namens „Russia Today“ empfangen, den man durchaus skeptisch betrachten kann und sollte...

Marc Jan Eumann, Alexander Vogt (Hrsg.): „Medien und Journalismus 2030, Perspektiven für NRW“. Klartext Verlag, Essen. 166 Seiten, 17,95 €.